ZUKUNFT DER SOZIALDEMOKRATIE 17.03.2015 | Kenan Malik

# Multikulturalismus ist gescheitert

## Aber Homogenität und Assimilation sind keine Alternativen.

Im Multikulturalismus sahen vor dreißig Jahren viele Europäer die Lösung für die sozialen Probleme Europas. Heute betrachten ihn immer mehr als ihre Ursache. Diese Wahrnehmung beschert in ganz Europa ultrarechten Parteien und populistischen Politikern Zulauf. Dazu kommt, dass verschiedene Länder unterschiedliche Wege eingeschlagen haben.

Großbritannien hat versucht, ethnischen Gruppen eine gleichwertige Teilhabe am politischen System zu ermöglichen. Die Bundesrepublik Deutschland hat Einwanderer, statt ihnen die Staatsbürgerschaft zu geben, darin bestärkt, ihren eigenen Lebensstil zu bewahren. Und Frankreich hat den Multikulturalismus durch eine Assimilationspolitik eingetauscht. Diese Ansätze wirken sich im Kleinen unterschiedlich aus. Doch im Großen sind die Folgen überall dieselben: fragmentierte Gesellschaften, entfremdete Minderheiten, empörte Einheimische.

# Der Mythos Vielfalt

Um die vielen Stränge der Multikulturalismus-Debatte zu entwirren, muss zunächst geklärt werden, was unter Multikulturalismus zu verstehen ist. Der Begriff „multikulturell“ beschreibt sowohl das jeweilige gesellschaftliche Gefüge, als auch auf das Rezept für den Umgang damit.

Verfechter wie Kritiker des Multikulturalismus gehen von der Prämisse aus, dass die Masseneinwanderung die europäischen Gesellschaften verändert, also vielfältiger gemacht hat. Das ist schon fast ein Gemeinplatz. Doch aus historischer Perspektive ist die Behauptung, die Länder Europas seien heute pluralistischer denn je, nicht so selbstverständlich, wie es auf den ersten Blick aussehen mag. Sehen wir uns Frankreich an. In den Jahren der Französischen Revolution sprach beispielsweise nur die Hälfte der Bevölkerung Französisch. Im

Großbritannien der viktorianischen Ära waren die urbane Arbeiterklasse und die arme Landbevölkerung einander völlig fremd.

*Doch im Großen sind die Folgen überall dieselben: fragmentierte Gesellschaften, entfremdete Minderheiten, empörte Einheimische.*

Dennoch steht außer Frage, dass die Menschen in Europa eine größere Vielfalt wahrnehmen. Geschuldet ist das vor allem dem veränderten Verständnis sozialer Unterschiede. Vor eineinhalb Jahrhunderten hatte die Gesellschaftsschicht als Bezugsrahmen für soziale Interaktionen noch deutlich mehr Gewicht. In den letzten Jahrzehnten verlor die gesellschaftliche Schichtung in Europa an Bedeutung, sei es als politische Kategorie oder als Merkmal für soziale Identität. Dazu kommt, dass die ideologischen Trennlinien, die in den vergangenen 200 Jahren die Politik prägten, mittlerweile verblasst sind. Die Politik der Ideologie ist einer Politik der Identität gewichen.

# Komm unter meinen Schirm

Dass der Multikulturalismus europäische Gesellschaften heute als ungewöhnlich vielfältig beschreibt, entspricht demnach nicht der Realität. Wie aber steht es mit dem multikulturellen Rezept für den Umgang mit dieser angeblichen Vielfalt?

Einer der hartnäckigsten Mythen der europäischen Politik lautet, der Staat habe eine multikulturelle Politik verfolgt, weil Minderheiten ihr Anderssein bewahren wollten. Als Ende der 1940er und in den 1950er Jahren Immigranten aus der Karibik, aus Indien und Pakistan nach Großbritannien strömten, war die Kultur für sie nicht unbedingt ein politisches Thema. Was sie umtrieb, war nicht der Wunsch, anders behandelt zu werden, sondern die Tatsache, dass sie anders behandelt wurden. In den folgenden Jahrzehnten kämpfte eine neue Generation schwarzer und asiatischer Aktivisten gegen diesen Missstand, organisierte Streiks und ging auf die Straße, um gegen Diskriminierung am Arbeitsplatz, Ausweisung und Polizeigewalt zu demonstrieren. Diese Aktionen erreichten mit den Unruhen, die Ende der 1970er und Anfang der 1980er Jahre durch die Innenstädte Großbritanniens fegten, ihren explosiven Höhepunkt.

Das war die Geburtsstunde der multikulturellen Politik. Der britische Staat brachte auf nationaler und kommunaler Ebene eine neue Strategie auf den Weg, um schwarze und asiatische Bevölkerungsgruppen in den politischen Mainstream-Prozess zu integrieren. Dafür beauftragte er bestimmte Organisationen oder Führungspersönlichkeiten, ihre Interessen zu vertreten.

## Isoliert und ungleich

Der deutsche Weg zum Multikulturalismus verlief anders, obwohl der Ausgangspunkt derselbe war. Wie viele Länder Westeuropas warb die Bundesrepublik nach dem Zweiten Weltkrieg Gastarbeiter an. Statt die Einwanderer als Gleichgestellte willkommen zu heißen, kümmerten sich deutsche Politiker um das sogenannte Türkenproblem, indem sie eine Politik des Multikulturalismus betrieben. Seit den 1980er Jahren bestärkt der deutsche Staat türkische Einwanderer, ihre Kultur, Sprache und Lebensart zu bewahren. Diese Politik entspringt nicht etwa einem Respekt vor der Vielfalt, sondern umschifft lediglich die Frage, wie eine gemeinsame inklusive Kultur aussehen könnte. Die Folge war die Entstehung von Parallelgesellschaften.

Die meisten Zuwanderer der ersten Generation waren weitgehend säkular. Heute besucht fast ein Drittel der erwachsenen Türken in Deutschland regelmäßig eine Moschee; dieser Anteil ist größer als in anderen türkischen Gemeinden Westeuropas und sogar als in vielen Teilen der Türkei. Die multikulturelle Politik der Bundesrepublik hat bewirkt, dass sich die Türken nicht für die deutsche Gesellschaft interessieren und die Deutschen der türkischen Kultur mit wachsender Ablehnung begegnen.

## Das Delegieren politischer Verantwortung

Weder in Großbritannien noch in Deutschland haben die Regierungen erkannt, wie komplex, elastisch, ja widersprüchlich Identität in Wahrheit ist.

Nehmen wir die muslimische Identität. Heute ist in den Staaten Europas

oft von der sogenannten muslimischen Gemeinde die Rede – ihren Ansichten, ihren Bedürfnissen, ihren Wünschen. Dabei ist dieses Konzept völlig neu. Bis Ende der 1980er Jahre fühlten sich nur wenige muslimische Einwanderer in Europa einer solchen Gemeinde zugehörig. Religiöse Institutionen waren in den gesellschaftlichen Minderheiten kaum sichtbar. Organisationen für Einwanderer waren in erster Linie weltlich und häufig politisch ausgerichtet.

Erst Ende der 1980er Jahre gewann die Frage kultureller Unterschiede an Bedeutung. Die Ursachen für diese Entwicklung sind vielfältig. Zum Teil sind sie in einem Wirrwarr aus größeren Umbrüchen zu suchen, die sich im letzten halben Jahrhundert vollzogen haben, etwa der Niedergang der Linken und der Aufstieg der Identitätspolitik. Zum Teil liegen sie in internationalen Ereignissen wie der iranischen Revolution 1979 und den Jugoslawienkriegen Anfang der 1990er Jahre. Und zum Teil sind sie in der europäischen Multikulturalismuspolitik begründet.

*Manche weißen Europäer sind konservativ, manche sind liberal, wieder andere sind Kommunisten oder Neofaschisten. Die meisten Weißen würden ihre Interessen auch nicht als spezifisch „weiß“ einstufen. Hier liegt die fundamentale Schwachstelle des Multikulturalismus.*

Indem die Staaten Finanzmittel und politische Macht durch ethnisch ausgerichtete Organisationen schleusten, bedachten sie bestimmte ethnische Identitäten mit einer Form von Authentizität und verweigerten sie anderen.

Multikulturelle Politik ist bestrebt, eine Brücke zwischen Staat und Minderheiten zu bauen, indem sie bestimmte Organisationen und Vertreter der betreffenden Gesellschaftsgruppen als Mittler einsetzt. Politiker nehmen Muslime und andere Minderheiten oft nicht als Bürgerinnen und Bürger wahr, sondern gehen davon aus, dass deren wahre Loyalität ihrem Glauben oder ihrer ethnischen Gemeinschaft gilt. So kommt es, dass der Staat die politische Verantwortung an Vertreter von Minderheiten delegiert wie an Subunternehmer.

Die Vorsitzenden dieser Organisationen sind jedoch nur selten repräsentativ für ihre jeweilige Gemeinde. Das dürfte nicht weiter überraschen: Die Gemeinde weißer Europäer ließe sich auch nicht durch eine einzelne Gruppe oder ein paar Vertreter repräsentieren. Manche

weißen Europäer sind konservativ, manche sind liberal, wieder andere sind Kommunisten oder Neofaschisten. Die meisten Weißen würden ihre Interessen auch nicht als spezifisch „weiß“ einstufen. Hier liegt die fundamentale Schwachstelle des Multikulturalismus.

# Assimilation sofort

Die französische Politik der Assimilation gilt als das genaue Gegenteil des Multikulturalismus. In Wahrheit jedoch ist Frankreich gesellschaftlich so gespalten wie Deutschland oder Großbritannien, und das äußert sich auf überraschend ähnliche Weise.

Deutlich wurde das im Januar in Paris, als bewaffnete Islamisten in den Büroräumen des Satiremagazins Charlie Hebdo zwölf Menschen erschossen. Französische Politiker hatten seit langem die multikulturelle Politik Großbritanniens dafür verantwortlich gemacht, dass dort einheimische Dschihadisten herangezogen worden waren. Nun mussten sie die Frage beantworten, warum es solche terroristischen Eigengewächse auch im assimilatorischen Frankreich gab.

Oft heißt es, es gebe in Frankreich 5 Millionen Muslime. Die Einwohner nordafrikanischer Abstammung, die in dieser Gruppe subsumiert werden, haben aber nie eine Gemeinschaft gebildet und erst recht keine religiöse. Aus einem Bericht des US-amerikanischen Meinungsforschungsinstituts Pew Research Center geht hervor, dass sich 42 Prozent der Muslime in Frankreich in erster Linie als französische Bürgerinnen und Bürger verstehen – das sind mehr als in Deutschland, Spanien oder Großbritannien.

Dennoch werden Menschen nordafrikanischer Herkunft in Frankreich oft als Migranten bezeichnet. Dabei ist die Mehrheit von ihnen in Frankreich geboren und hat in zweiter Generation die französische Staatsbürgerschaft. Die Begriffe „Muslim“ und „Immigrant“, mit denen französische Bürgerinnen und Bürger nordafrikanischer Herkunft etikettiert werden, sind Bestandteil eines Prozesses, in dessen Verlauf der Staat solche Menschen in die Rolle des Anderen drängt – das in Wahrheit nicht Teil der französischen Nation ist.

Wie in Großbritannien erlebten auch in Frankreich die Zuwanderer der ersten Generation nach dem Zweiten Weltkrieg einen starken Rassismus, und die zweite Generation war nicht mehr bereit, soziale Diskriminierung hinzunehmen. Die Betroffenen schlossen sich in

überwiegend säkularen Gruppen zusammen und gingen auf die Straße, häufig in gewalttätigen Demonstrationen. Die Aufstände, die im Herbst 2005 durch die französischen Städte tobten, legten die Brüche in der französischen Gesellschaft ebenso offen, wie es in den Städten Großbritanniens schon zwei Jahrzehnte zuvor geschehen war.

*Indem die Staaten Finanzmittel und politische Macht durch ethnisch ausgerichtete Organisationen schleusten, bedachten sie bestimmte ethnische Identitäten mit einer Form von Authentizität und verweigerten sie anderen.*

Bis Anfang der 1980er war die Haltung der französischen Führung zum Multikulturalismus relativ entspannt. Der französische Präsident François Mitterrand prägte sogar den Ausdruck „le droit à la différence“ (das Recht auf Anderssein). Als die Spannungen innerhalb der nordafrikanischen Bevölkerungsgruppen immer größer wurden und der Front National als politische Kraft in Erscheinung trat, gab Paris diese Haltung zugunsten eines harten Kurses auf. Die Verantwortlichen in Frankreich lehnten den multikulturellen Ansatz Großbritanniens zwar prinzipiell ab, in der Praxis jedoch behandelten sie die nordafrikanischen Einwanderer und ihre Nachkommen „multikulturell“ – als eine einzige, in erster Linie muslimische Gemeinschaft.

Konfrontiert mit dem Misstrauen und der Entfremdung der Öffentlichkeit, versuchen die französischen Politiker seither, wieder zu einer gemeinsamen französischen Identität zu finden. Doch da es ihnen nicht gelingt, die für das Land charakteristischen Ideen und Werte klar zu fassen, verlegen sie sich darauf, Ressentiments gegen Symbole des Andersseins zu schüren, etwa mit dem Burkaverbot 2010.

Statt Menschen aus Nordafrika als vollwertige Bürgerinnen und Bürger zu akzeptieren, neigt die französische Politik dazu, den Rassismus und die Diskriminierung, denen sie ausgesetzt sind, zu ignorieren. In Frankreich werden Menschen nordafrikanischer Herkunft von vielen nicht als Franzosen, sondern als Araber oder Muslime wahrgenommen. Dabei sind viele Nordafrikaner der zweiten Generation von der Kultur und den Sitten ihrer Eltern – und vom etablierten Islam – ebenso entfremdet wie von der französischen Gesellschaft.

Gleichzeitig verstärkt die Assimilationspolitik Frankreichs die distanzierte Haltung der traditionellen Arbeiterklasse. Der Sozialgeograph Christophe Guilluy hat den Ausdruck „das periphere Frankreich“ geprägt, mit dem er die Menschen meint, die „von der

Deindustrialisierung und der Gentrifizierung der Stadtzentren verdrängt werden“. Wie viele Franzosen nordafrikanischer Herkunft sehen auch sie diese Marginalisierung zunehmend durch die Linse der kulturellen und ethnischen Identität.

Unzufriedenheit, sei es unter Nordafrikanern oder Arbeitern, hätte früher unmittelbar politische Aktionen nach sich gezogen. Heute äußern beide Gruppen ihren Missmut über ihre jeweilige Politik der Identität. In der Ära der Identitätspolitik bringen der rassistische Populismus und der radikale Islamismus auf jeweils eigene Weise eine vergleichbare soziale Entfremdung zum Ausdruck.

# Ein anderer Weg

Der Multikulturalismus und der Assimilationismus sind zwei unterschiedliche politische Lösungsversuche für dasselbe Problem: das Auseinanderbrechen der Gesellschaft. Dennoch haben beide dieselbe Wirkung: Sie verschlimmern die Situation. Wir sollten daher die zunehmend unfruchtbare Debatte, die zwischen diesen beiden Ansätzen tobt, endlich hinter uns lassen. Dafür müssen zunächst drei Unterscheidungen getroffen werden.

Erstens sollte Europa Vielfalt als gelebte Erfahrung unterscheiden vom Multikulturalismus als politischem Prozess. Die Erfahrung, in einer Gesellschaft zu leben, die infolge Masseneinwanderung vielfältig wurde, sollte willkommen sein. Versuche, diese Vielfalt durch die formale Anerkennung kultureller Unterschiede zu institutionalisieren, sollten dagegen unterbleiben.

Zweitens sollte Europa zwischen Farbenblindheit und Rassismusblindheit unterscheiden. Der assimilatorische Impuls, Menschen als Bürger gleich zu behandeln, statt sie als Vertreter einer spezifischen Hautfarbe oder eines kulturellen Kontextes zu betrachten, ist viel wert. Doch das heißt nicht, dass der Staat die Diskriminierung bestimmter Gruppen ignorieren darf. Die Staatsbürgerschaft ist wertlos, wenn verschiedene Klassen von Bürgerinnen und Bürgern unterschiedlich behandelt werden, sei es durch eine multikulturelle Politik oder durch Rassismus.

Schließlich sollte Europa unterscheiden zwischen Völkern und Werten. Anhänger des Multikulturalismus behaupten, die Vielfalt in der Gesellschaft machten gemeinsame Werte zunehmend unmöglich. Auch

Vertreter einer Assimilationspolitik erklären, solche Werte könne es nur in einer kulturell – und, so meinen einige, ethnisch – homogeneren Gesellschaft geben. Beide betrachten Minderheiten als homogene Gebilde statt als Bestandteile einer modernen Demokratie.

In der Praxis betreiben die europäischen Staaten entweder eine multikulturelle Politik, mit der sie bestimmte Gruppen in eine Schublade stecken, oder eine assimilatorische, die Minderheiten von der etablierten Gesellschaft entfernen.

Wenn Europa das hinter sich lassen will, muss es universelle Werte neu und progressiv wiederentdecken. Die europäischen Liberalen haben diesen Versuch weitgehend aufgegeben, wenn auch aus unterschiedlichen Motiven. Ein Teil der Linken führt Relativismus und Multikulturalismus zusammen und erklärt, schon die bloße Vorstellung universeller Werte sei gewissermaßen rassistisch. Andere wie der französische Philosoph Bernard-Henri Lévy, ein Verfechter des Assimilationismus, pochen nicht nur auf die traditionellen Werte der Aufklärung, sondern tun dies auf eine so einseitige Art und Weise, dass sie einen Kampf der Kulturen geradezu heraufbeschwören.

In Europa herrscht weitgehend Einigkeit, dass Immigration und Integration staatlicher Maßnahmen und Institutionen bedürfen. Doch echte Integration wird bei Immigranten oder indigenen Gruppen nur selten durch staatliches Handeln erreicht. In erster Linie ist das eine Aufgabe der Zivilgesellschaft. Wenn Europa den angerichteten Schaden reparieren will, ist nicht so sehr eine neue staatliche Strategie gefragt, sondern vielmehr eine Erneuerung der Zivilgesellschaft.

Dieser Beitrag erschien ursprünglich in der März/April-Ausgabe des Magazins "Foreign Affairs".

---



**Kenan Malik**
London

Kenan Malik arbeitet als Publizist, Universitätsdozent und

Rundfunkjournalist. Sein wissenschaftliches Forschungsinteresse gilt der Philosophie der Biologie und zeitgenössischen Theorien zum Multikulturalismus, Pluralismus und dem Begriff der Rasse. Zuletzt erschien von ihm *The Quest for a Moral Compass: A Global History of Ethics*.

## 2 LESERBRIEFE

### **Serdar Mazmanoglu** schrieb am 18.03.2015

Aufgrund des Titels war meine Erwartung zu diesem Beitrag eher ablehnend.
Aber ich habe keine bessere und zutreffendere Analyse über das auseinanderdriften unserer Gesellschaft und den ethnischen Gruppen gelesen. Auch ich empfinde die Subsumierung aller ethnischen Gruppen nach religiösen Zugehörigkeiten als bedrückend. Meine persönliche Zugehörigkeit zu einer Gesellschaft, oder einer Gruppe innerhalb der Gesellschaft wird ganz und gar nicht von der Religion und auch nur bedingt über die Ethnie getragen. Es kann für andere einfacher sein dies so zu tun, aber es ist trotzdem falsch und ich empfinde solch eine Sichtweise auf ein Individuum als einzwängend und rassistisch.
Ich empfehle auch mal zu schauen, wem denn diese vereinfachende Sichtweise hilft. Welchen Institutionen und welchen Parteien und Politikern.

**H. B.** schrieb am 18.03.2015

Vielen Dank für den Artikel. Interessantes Thema, leider - wahrscheinlich aufgrund des Platz- und Zeitmangels - auf Stereotype reduziert .
Auf mich wirkt es so, als gebe es in Deutschland ausschließlich "Identitätsprobleme" in den Reihen der türkischen Diaspora und deren Nachfolgegenerationen. Was ist mit Kurden, Vietnamesen, Portugiesen, Russen, Mosambikanern, Angolanern, etc. ? Deutschland ist nicht besser als Frankreich, gar schlimmer, werden in Deutschland Menschen systematisch nach "Migrationshintergründen" sortiert.
Von Parallelgesellschaften zu sprechen halte ich für völlig falsch, da keine Gesellschaft neben der Hypothese "Deutschtum" gleichberechtigt, sondern höchstens subordiniert existiert.